

wurde die 1920 abgeschaffte Militärjustiz erneut eingeführt und bis zum Überfall auf Polen rassistisch »auf«- und »eingesortet«: Wer desertierte, galt ab jetzt als »entarteter Volksgenosse«, dessen Ehrlosigkeit »durch den Verrat des eigenen Blutes« gekennzeichnet war (S. 216). Das nationalsozialistisch mutierte »Volk der Richter und Henker« (Karl Kraus) kannte mit Abweichlern dieser Un-Art denn auch keinen Pardon. Obwohl ihre Menge, wie Dieter Knippschild schätzt, »eine zumindest sechsstellige Zahl« (S. 223) erreichte und mindestens zehn verschiedene, ganz unterschiedlich gelagerte »Typen« umfasste (S. 229–238), wurden Fahnenflüchtige pauschal diskriminiert und gnadenlos verfolgt. »Keine andere Armee in diesem Jahrhundert ist so außerordentlich brutal gegen Deserteure vorgegangen wie die Deutsche Wehrmacht« (S. 238). Die Schreckensvision, die Franz Grillparzer bereits 1849 hellichtig formuliert hatte, war damit ausgerechnet vom »Volk der Dichter und Denker« auf beispiellose Weise verwirklicht worden: »Der Weg der neueren Bildung geht von Humanität durch Nationalität zur Bestialität«.

Vor dem Hintergrund dieses Niedergangs brachte der erzwungene Neuanfang des Jahres 1945 eine Rückkehr zu vergleichsweise humanen Formen des Umgangs mit Kriegsdienstverweigerern jeder Art. Diese Rückbesinnung auf ein Mindestmaß an mitmenschlicher und rechtsstaatlicher Duldung stieß freilich im Gefolge des einsetzenden »Kalten Krieges« schon bald auf die jeweils spezifischen Systemgrenzen in Ost und West. In der DDR stellte die Fahnenflucht gar kein eigenständiges Massen-Delikt dar, da sie im Regelfall mit der »Republikflucht« identisch war (S. 281). In der BRD konnte sich diese Verknüpfung dagegen überhaupt nicht entwickeln, da die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen hier von Beginn an verfassungsrechtlich verankert war. Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte war die Desertion damit nicht mehr der einzige Ausweg, um sich der staatlichen Zumutung, zu töten oder getötet zu werden, mit Aussicht auf Erfolg zu entziehen. Dass auch diese Lösung problematisch war (und ist), zeigt die Zahl der »Truppenflüchter«, aber auch der neue Typus des »Totalverweigerers«, der den zivilen Ersatzdienst ebenso ablehnt wie den klassischen Wehr- und Kriegsdienst (S. 293 f. u.v.a. S. 309–312). Die Geschichte der Desertion bleibt daher unabgeschlossen, zumal die Außen- und Militärpolitik Deutschlands nach dem Ende des »Kalten Krieges« auf vergleichbare Weise »globalisiert« wurde wie seine Wirtschafts- und Währungspolitik. Was Friedrich Schiller über das historische Konterfei Wallensteins sagte, lässt sich infolgedessen mit gleichem Recht unter das (vorläufige) Porträt des deutschen Deserteurs schreiben: »Von der Parteien Hass und Gunst verwirrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte«. Aufgabe der Geschichtswissenschaft wird es daher auch in Zukunft bleiben, diese »Engführung der öffentlichen und fachlichen Debatte« (S. 8) immer wieder zu durchbrechen und auf den Boden gesicherter Tatsachen zu stellen. Dieser Anforderung ist der vorliegende Band auf vorbildliche Weise gerecht geworden.

*Hartwig Stein, Hamburg*

David E. Barclay/Eric D. Weitz (Hrsg.), *Between Reform and Revolution. German Socialism and Communism from 1840 to 1990*, Berghahn Books, New York/Oxford 1998, xi + 580 S., kart., 55 £.

Der hier vorzustellende Sammelband unterstreicht, dass es derzeit wohl die Darstellungen zur Sozialgeschichte politischer Parteien oder Bewegungen sind, die die Arbeiterinnen- und Arbeiter(bewegungs)geschichte davor bewahren, völlig in Vergessenheit zu geraten. Der Band enthält neben einer Einleitung (u.a. zum proletarischen Milieu sowie

zur Historiographie über die deutsche Arbeiterbewegung) 23 Beiträge. Die zumeist an US-amerikanischen Colleges und Universitäten tätigen Autorinnen und Autoren bieten neben Bestandsaufnahmen zahlreiche Revisionen bisheriger Erkenntnisse zur Geschichte der sozialistischen und kommunistischen Parteien in Deutschland. Fünf Beiträge behandeln den Zeitraum bis zum Ersten Weltkrieg. Dabei widmet sich Warren Breckman dem Vormärz, Hermann Beck sowie Toni Offermann untersuchen die Frühphase der sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen, in den 1860er-Jahren, während sich Mary Jo Maynes und Jonathan Sperber auf das Kaiserreich konzentrieren. Vier Aufsätze (David F. Crew, Donna Harsch, Eric D. Weitz, William Carl Mathews) untersuchen Themen aus der Weimarer Republik. Die Zeit der NS-Herrschaft wird von drei Autorinnen und Autoren analysiert (Gerd-Rainer Horn, Beatrix Herlemann, David E. Barclay). Jeweils drei Beiträge widmen sich der Bundesrepublik (Diethelm Prowe, Dietrich Orlow, Hanna Schissler) bzw. der SBZ/DDR (Norman Naimark, Atina Grossmann, Anna-Sabine Ernst). Ralf Roth (1848–1914), Adelheid von Saldern (1890–1920) und Geoff Eley (1900–1934) überschreiten explizit die Zäsuren der politischen Geschichte. Zwei zusammenfassende Artikel (Peter Lösche, Eric D. Weitz) runden den Sammelband ab. Aus Platzgründen sowie angesichts der Vielzahl der Beiträge kann nur auf einige näher eingegangen werden.

Hermann Beck, Toni Offermann und Ralf Roth untersuchen aus unterschiedlichen Blickwinkeln die Bedeutung der Lassalleanischen Arbeiterbewegung sowie die Trennung von Liberalismus und Sozialismus in den 1860er-Jahren. Dabei verdeutlicht Roth am Frankfurter Beispiel, dass es bis 1914 durchaus Berührungspunkte zwischen liberalem Bürgertum und Sozialdemokraten gab, zudem begannen sich die Trennungslinien zwischen bürgerlichem und proletarischem Milieu teilweise zu verwischen. In seiner Wahlanalyse wendet sich Jonathan Sperber dagegen, die SPD des Kaiserreichs als Partei anzusehen, die überwiegend vorherige Nicht-Wähler mobilisierte. Nicht die NSDAP, sondern die SPD sei daher die erste deutsche Volkspartei gewesen (S. 190). In keiner Reichstagswahl des Wilhelminischen Deutschland sei die SPD jemals nur von Arbeitern gewählt worden (S. 183), auch wenn diese unter der Mitgliedschaft klar dominierten (S. 188).

Im Rahmen der Eisernen Front gelang einigen SPD-Linken und »rechten« Reichsbanner-Intellektuellen, wie Donna Harsch betont, eine »fusion of custom and innovation« (S. 252). Zwischen Sommer 1931 und Sommer 1932 seien vor allem durch neue Techniken politischer Mobilisierung Teile der SPD-Basis zeitweise re-aktiviert und die Nazis besonders durch symbolische Aktivitäten (drei Pfeile und Freiheitsgruß) eingeschüchtert worden (S. 262 f.). Die SPD sei, so Harsch, keine ausschließlich bürokratische und verknöcherte Organisation gewesen, sondern habe auch noch über ein kreatives Potenzial verfügt (S. 269 f.). Eric D. Weitz relativiert den sowjetischen Einfluss auf die KPD und betont die Prägung der Partei durch die sozialen Erfahrungen der Weimarer Republik. Vor allem die Frustrationen aus dem Kampf in demokratischen öffentlichen Sphären hätten Starrheit und autoritäres Verhalten in der KPD gefördert (S. 277). Hier war die Partei mit einer, wie Weitz es nennt, »coalition of order« (aus Offizieren, Staatsbeamten, Industrie- und Agrarkapital sowie aus Sozialdemokraten und Gewerkschaften) und ihrer »strategy of domestic containment« konfrontiert (S. 280), die sich auf korporatistische und parlamentarische Repräsentationsformen stützte. Den Kommunisten blieb oft nur die Straße als Ort politischer Mobilisierung. Gerd-Rainer Horn verweist auf das weitverbreitete Potenzial für eine Kooperation zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in den ersten Jahren der Nazi-Herrschaft. Während die Führungsgremien beider Parteien (S. 342) solche Initiativen eher ablehnten (S. 351), waren es vor allem jüngere Untergrundaktivisten, die eine Zusammenarbeit pragmatisch handhabten (S. 349).

In seiner Untersuchung über die Gewerkschaftspolitik in der britischen Besatzungszone arbeitet Diethelm Prowe heraus, dass die Gewerkschaftsfunktionäre keineswegs kurzsichtige Bürokraten waren, die ihre engen Weimarer Orientierungen nicht abstreifen konnten. Vielmehr betont er ihre Flexibilität in der Zusammenbruchsgesellschaft. Das Selbstbewusstsein dieser Gewerkschafter fußte darauf, dass sie eine zentrale Rolle im Wiederaufbau des Landes und der Gesellschaft spielten. Prowe grenzt sich dahingehend von bisherigen Untersuchungen ab, dass in ihnen die wirtschaftliche Situation sowie die politische Kultur der kurzen Nachkriegsphase nicht präzise genug untersucht worden sei (S. 400).

Zuletzt zu den Beiträgen, die geschlechtergeschichtlichen Perspektiven nachgehen. Wie Mary Jo Maynes in ihrer Auswertung von Artikeln des »Vorwärts« sowie der »Gleichheit« betont, gelang es der SPD-Presse, Bilder zu vermitteln, die es sowohl Männern als auch Frauen erlaubten »to imagine themselves as and then become militants« (S. 143). Nach 1890 geschah dies vor allem durch die Schaffung von innovativen »activist identities« (S. 144). Zusammenfassend urteilt Maynes, die sozialistische Bewegung »organized more fully, deeply and permanently into the lower classes, including women of those classes, than any European movement had previously attempted to do« (S. 144). Das neue Organisationsmodell der sozialistischen Bewegung war bereits vor dem Ersten Weltkrieg für Frauen und Männer zur Routine geworden, wurde aber durch die Maskulinisierung der Bilder von Militanz während der Weimarer Jahre wieder aufgehoben (S. 160).

Atina Grossmanns Beitrag über die Bevölkerungspolitik in der SBZ/DDR verdeutlicht, dass die Frauen nicht der Argumentation staatlicher Instanzen folgten, es seien nun, da der Staat ihre Versorgung sichergestellt hatte, Kinder immer auszutragen. Viele Frauen »clearly preferred not to bear children they felt they could not raise« (S. 459). Auf staatlicher Seite blockierten jedoch bevölkerungspolitische Erwägungen die völlige Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen. Hanna Schissler verweist darauf, wie langsam sich die SPD der veränderten Stellung von Frauen in der Nachkriegsgesellschaft anpasste. Formal auf die Gleichberechtigung ausgerichtet, unterstützte die Partei die patriarchalische »culture of domesticity« (S. 516) der bundesrepublikanischen Gesellschaft der 1950er-Jahre. Dies galt auch noch, als die verstärkte Präsenz von Frauen auf dem Arbeitsmarkt dem entgegenstand (S. 521 f.). Erst die neue Frauenbewegung der 1970er-Jahre brachte verstärkt junge Frauen, die außerhalb des traditionellen heimischen Tätigkeitsfeldes arbeiteten, in die SPD (S. 525).

Insgesamt gesehen vermitteln die Beiträge des Bandes viele interessante Differenzierungen bisheriger Sichtweisen. Wenn der Anschein nicht trügt, beginnt die ArbeiterInnen(bewegungs)geschichte, zunächst vorrangig unter US-amerikanischen Forscherinnen und Forschern, allmählich aus dem Dämmer Schlaf vergangener Jahre zu erwachen. Im Rahmen dieses Aufbruchs sollten auch die Konzentration auf die Organisationsgeschichte und auf das wie auch immer definierte sozialistisch-kommunistische Milieu überwunden sowie – was in dem Band völlig fehlt – auch Arbeitsbedingungen gründlich analysiert werden. Neben geschlechtergeschichtlichen Perspektiven bietet anscheinend auch die Kritik an Jürgen Habermas' Konzept der Öffentlichkeit, vorgetragen z.B. von Geoff Eley, aber auch von Eric D. Weitz, noch weitere Erkenntnismöglichkeiten. Wie die Beiträge von Breckmann und Eley andeuten, wäre es an der Zeit, Diskursanalysen sowie andere Methoden und Fragestellungen, die sich an Michel Foucault orientieren, auch in der Arbeiterinnen- und Arbeiter(bewegungs)geschichte breiter zu verankern, um somit auch diese Forschungsrichtung aus eingefahrenen Gleisen herauszuheben.

*Klaus Weinbauer, Hamburg*